

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nachen 30 Pf.

Die Ruhmestage des deutsch-französischen Krieges.

XXVIII.

Die 1. Armee im Januar 1871.

Bapume — St. Quentin.

3.—19. Januar.

Zu Anfang des neuen Jahres war ein erheblicher Theil der deutschen 1. Armee durch die Einschließung von Peronne in Anspruch genommen; das 1. Korps stand noch bei Reuven, und so konnten dem zum Entsatz von Peronne auf dem vordringenden General Faidherbe nur verhältnismäßig schwache Kräfte unter Goeben entgegengetreten. Schon am 2. Januar kam es bei Savignies zu einem Zusammenstoß mit den Franzosen. Volle Bewunderung muß man der 30. Brigade unter General v. Strubberg zollen für die Fähigkeit und das Geschick, mit welchem sie ein ganzes feindliches Korps siegreich abwich. Dann folgte am 3. Januar die Schlacht bei Bapaume. Kalt und trüb zog der Tag herauf, den hartgefrorenen Boden deckte leichter Schnee. Es war besonders die 15. preussische Division, die der andringenden feindlichen Uebermacht widerstehen mußte. Nur 17 preussische Bataillone kämpften gegen 57 französische. Den Franzosen gelang es zwar, sich der Anfangs als vorgehobene Posten mitbestehenden vordringenden Dörfer zu bemächtigen, aber in der eigentlichen Stellung in und bei Bapaume behauptete sich General von Klumper gegen alle Angriffe, und die Umgehungsversuche des Feindes wurden durch die Unterstützung herbeieilender Truppen vereitelt.

Der Tag von Bapaume ist ein besonderer Ruhmestag Goebens in der 15. Division. Völlig leicht niemals in seinem Leben ist der General seinen ihm so unbegrenzt vertrauenden Truppen so zuverlässig und ruhig erschienen, als gerade an diesem kritischen Tage. Jeder seiner klaren Befehle trug mehr wie je den Stempel des wirklich erwogenen Entschlusses an der Stirn. Noch in der Nacht zum 4. Januar trat Faidherbe seinen Abmarsch an, 53 Offiziere und 1516 Mann sowie 550 Gefangene bei diesem Entsatzversuch einbringen; aber auch die Deutschen beklagten den Verlust von 52 Offizieren und 698 Mann; das 1. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 33 hatte alle seine Offiziere verloren. Die Zeitung Peronne fiel am 9. Januar, zwei Tage vorher war General von Manteuffel zum Oberbefehlshaber der neu gebildeten Sub-Armee ernannt worden, die dem hart bedrängten Werderschen Korps zu Hülfe eilte; das Kommando der 1. Armee hatte nunmehr Goeben erhalten. Auf ein neues Vordringen Faidherbes sicheres rechnend, sammelte der General, noch einen Theil des 1. Korps von Reuven heranziehend, seine Truppen hinter der Somme und stand nun wie zum Sprunge bereit. Faidherbe aber hatte den klugen Plan, auf Quentin zu marschieren, dadurch einmal die ausnützigen Verbindungen der Deutschen zu zerstören und zugleich sich den Weg nach Paris zu eröffnen, was in jenen Tagen ein neuer Ausfall beabsichtigt war und auch zur Ausführung kam. Doch nicht nur Goeben, sondern auch im Hauptquartier zu Versailles wurde Faidherbes Anschlag bekannt, und auf Befehl von dort kam noch eine Brigade des 4. Korps zur Verstärkung Goebens herangedrungen. In Gommegnies, bei denen die Truppen das kaum Abgelaufene leisteten, war Goeben den Franzosen entgegengegangen, die auf den Höhen südlich St. Quentin Stellung genommen hatten. Am 18. Januar entspann sich ein Gefecht bei Tréport-Boisvilliers, in welchem die französischen Vortrupps zurückgewiesen wurden; am 19. Januar griff Goeben den Feind mit aller Entschiedenheit in seiner Stellung an. Um 5 1/2 Uhr Abends war St. Quentin nach heftigem Kampfe in den Händen der Deutschen; Faidherbe gab Befehl zum Rückzuge; General von Goeben hatte einen glänzenden Sieg errufen, den Feinde an 9000 Gefangene und 7 Feldgeschütze abgenommen, der Sieg war mit einem Verlust von 96 Offizieren und 2304 Mann theuer erkauft. Die Schlacht von St. Quentin, in welcher 33 000 Deutsche gegen 40 000 Franzosen gekämpft, bedeutete eine entscheidende Niederlage Faidherbes, die französische Nordarmee erschien nicht wieder auf dem Kampfplatze. So war das glänzende Ergebnis zugleich der würdige Abschluß des ganzen Feldzuges im Norden Frankreichs. Die Geschichte aber wird den Namen des Generals, dem durch seine geschickte und energische Kriegsführung die Resultate hauptsächlich zu danken ist, den Namen Goebens stets als eines der besten deutschen Feldherren nennen. Sein dankbarer Kriegsherr schmückte den Helden mit dem Großkreuz des eichernen Kreuzes.

Der Fall Friedmann.

Die Flucht des weit bekannten Berliner Rechtsanwalts Friedmann und mehr noch die sie bedingenden und begleitenden Umstände erinnern die Zeitgenossen wieder einmal daran, daß bei der Abwägung der neuen deutschen Justizgesetze der juristische Idealismus einen überreichen Antheil gehabt hat. Die Freiheit der Advokatur ist von allen Vertretern weitgehender freirechtlicher Rechte als eine notwendige Ergänzung der den Deutschen verfassungsmäßig gewährleisteten staatsrechtlichen Befugnisse gefordert worden. In der Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878, diesem echten Geschwisterkind der neuen deutschen Gerichtsverfassung, ist sie gesetzlich begründet, aber die bei ihrem Erlaß sich nur schüchtern hervorwagenden warnenden Stimmen haben sich als wohlacht propheetische erwiesen. Heute kann man dreist sagen, daß die freie Advokatur sich praktisch ebenso zum Nutzen für das deutsche Volk gestaltet hat, wie das allgemeine Wahlrecht.

In erspender Zahl haben sich die Fälle gemehrt, in denen die Zugehörigen zum Advokatenstande den schändlichsten Mißbrauch mit der ihnen verliehenen öffentlichen Amtstellung getrieben haben. Sie hielten ihrem Namen nach die Anwälte des Rechts sein und sind als solche die Träger des weitestgehenden öffentlichen Vertrauens. Aber der Fehler, daß man bei Einführung der freien Advokatur zu wenig Klauten für die ordnungsgemäße Amtsfähigkeit und die würdige Standesführung und im weitem Sinne

Durchführung der Anwälte geschaffen hat, hat sich schon lange schwer gerächt und droht, zu einer wahren Katastrophe auszuarten.

Die Advokatur ist ein freies Gewerbe geworden, dessen Betrieb allerdings von einem Nachweis der Fähigkeit zum Richteramt abhängig ist, darüber hinaus aber keine Beschränkung hat. Es bestehen zwar für jeden Oberlandesbezirk Anwaltskammern, deren Vorstand die Aufsicht über die Erfüllung der den Rechtsanwältinnen obliegenden Pflichten zu überwachen und gegen pflichtvergeßene Anwälte mit einem ehrengerichtlichen Verfahren vorzugehen hat. Doch im praktischen Leben hat diese Institution sich keineswegs als hinreichender Schutz gegen die schwere Benachteiligung des Publikums durch gewissenlose Anwälte bewährt.

Unterföhlung anvertrauter Gelder, übermäßige Honorarforderungen für die Prozeßführung, Gebührenerhebung, Verschleppung der Prozesse und lässige oder ungeschickte Geschäftsführung sind alltägliche Erscheinungen in der freien Advokatur. Der Rechtsanwalt Fritz Friedmann ist eine geradezu typische Figur hierfür. Er hat sich für die Uebernahme einer Vertretung im Strafprozeß nachweislich bis 3000 Mark an Honorar zahlen, in anderen Fällen hohe Vorhülle entrichten lassen und seine Klienten nur zu oft schmachvoll im Stich gelassen. Nach seinen Grundrissen handeln leider auch andere. Daß in Anwaltsprozessen die Vertreter der Parteien oft gar nicht, oft verspätet erscheinen, daß sie oft gar keine oder nur eine höchst mangelhafte Information mit der ihnen übertragenen Streitsache versehen, hat schon mancher Prozeßführende zu seinem Schaden erfahren müssen. Was gilt überhaupt das materielle Recht noch bei der freien Advokatur!

Die Gebrechen derselben sind ein enormer Theil für unsere öffentlichen Zustände, und baldige Reformen der Wuch mehr Kreise. Es erscheint unabweislich, daß bei der Zulassung zur freien Advokatur größere Anforderungen an die juristische Durchbildung und an die sittliche Qualifikation der Bewerber gestellt werden. Von unmittelbarem Vorteil für die Rechtssuchenden würde es indes sein, wenn die Bestimmungen der Gebührenordnung für die Rechtsanwältinnen vom 7. Juli 1879 schon jetzt dahin geändert würden, daß die Forderung eines Vorhusses für unzulässig erklärt, und ferner § 3 der Schlussbestimmungen, wonach der Betrag der Vergütung für den Rechtsbeistand durch Vertrag abweichend von den Vorschriften des Gesetzes festgesetzt werden kann, ganz beseitigt wird. Denn was kann eine gesetzliche Festsetzung der Anwaltsgebühren noch bedeuten, so lange es jedem Anwalt frei steht, sich darüber — wenn auch nur in der Form eines schriftlichen Vertrages — hinwegzusetzen.

Deutschland.

Berlin, 2. Januar. Dem Reichstage ist eine Nachweisung der Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten für 1894 vorgelegt, dem wir Folgendes entnehmen:

Die 31 Anstalten des Reichs haben 173 (im Vorjahre 175) Vorstandsmitglieder einschließlich der Hilfsarbeiter, 1370 (1261) Beamte, 618 (618) Auszubildende, 65 776 (60 300) Vertrauensmänner, 605 (606) Schiedsrichter und 3232 (3914) Marktenverkäuferstellen. Die große Erhöhung der Zahl der Vertrauensmänner ist besonders auffällig. An Entschädigungsbeträgen sind gezahlt 5 388 487 (im Vorjahre 2 797 596, 1892 nur 713 600 Mark) für Invalidenrenten, 14 877 586 (13 336 164) Mark für Altersrenten, 907 (963) Mark für Kapitalabschreibungen und 362 773 (107 179) Mark für Kosten des Verfahrens. Ingesamt belaufen sich hiernach die Entschädigungen auf 20,13 Millionen Mark gegen 16,24 Millionen im Jahre 1893, 13,06 Millionen im Jahre 1892 und 9,05 Millionen Mark im Jahre 1891. Die erhebliche Zunahme der Invalidenrenten wird auch noch in den folgenden Jahren anhalten. Die Verwaltungskosten, Kosten der Kontrolle, Schiedsgerichtskosten, Kosten für Erhebung der Renten und sonstige Ausgaben belaufen sich auf 5,04 Millionen Mark gegen 4,76 Millionen im Vorjahre. An den Meldefonds sind abgeführt 7,34 Millionen Mark gegen 6,37 Millionen Mark im Vorjahre. Hiernach betragen die Ausgaben insgesamt 32 511 983 Mark gegen 27 376 993 Mark im Jahre 1893, 26 942 503 Mark im Jahre 1892 und 16 273 464 Mark im Jahre 1891. An Einnahmen stehen dem gegenüber 101 329 355 Mark. Hiernach waren die Einnahmen größer als die Ausgaben um 68 817 372 Mark. Rechnet man hierzu das am Schlusse des Vorjahres vorhandene Vermögen mit 206 860 812 Mark und den Meldefonds mit 27 892 786 Mark, so ergibt sich für die gesamten Versicherungsanstalten am Schlusse des Jahres 1894 ein Vermögen von 303 570 970 Mark. Rechnet man zu den von den 31 Versicherungsanstalten gezahlten Renten noch die auf Anweisung der 9 zur selbstständigen Durchführung der Versicherung zugelassenen besonderen Kasseneinrichtungen gezahlten, sowie die vom Reich zugesprochenen Beträge hinzu, so ergibt sich, daß gezahlt sind an Invalidenrenten 10 173 182 (im Vorjahre 5 282 550) Mark, davon 4 172 710 (2 209 016) zu Lasten des Reichs, sowie 24 474 443 (22 763 337) Mark Altersrenten, davon 9 682 186 (9 052 637) zu Lasten des Staats. Im Jahre 1894 find 44 397 Invalidenrenten und 33 442 Altersrenten neu festgesetzt. Am Schlusse des Jahres waren von den Versicherungsanstalten zu zahlen 183 168 Altersrentenanteile und 71 755 Invalidenrentenanteile. Die durchschnittliche Höhe des neu bewilligten Altersrentenanteils beträgt 7705 gegen 8007 Mark im Vorjahre, die des Invalidenrentenanteils 70,96 Mark gegen 67,97 Mark. Mit dem Reichszuschuß kommt auf die Altersrente ein Betrag von 127,05, auf die Invalidenrente ein solcher von 120,96 Mark. Der Niedgang der durchschnittlichen Höhe der Altersrente ist darauf zurückzuführen, daß auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 1. Mai 1894 an eine große Zahl von Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie Altersrenten und zwar umfänglich der ersten Lohnklasse bewilligt sind. Die größte Durchschnittshöhe haben die Altersrenten bei der Versicherungsanstalt in den Hanfsäcken mit 167,73 Mark, demnächst bei der in Berlin mit 161,28 und in Elß-Bohringen mit 143,76

Mark, die geringste bei den Anstalten in Ostpreußen mit 116,96, Königreich Sachsen mit 115,52, Schlesien mit 114,48 und Oberfranken mit 112,45 Mark. Die Invalidenrenten sind ebenfalls in den Hanfsäcken mit 128,21, demnächst in Berlin mit 127,29 und in der Rheinprovinz mit 125,42 Mark am höchsten, in Schlesien mit 117,75 und in Ostpreußen mit 116,79 Mark am niedrigsten.

Von Neuem werden in einzelnen Blättern Gerüchte über den angeblich bevorstehenden Austritt des Majors von Wissmann als Gouverneur von Deutsch-Ostafrika verbreitet. Es hat den Anschein, als ob diese fortwährenden Ausstreunungen zum Theil in mißvergnügten kolonialpolitischen Kreisen ihren Ursprung hätten; sie würden in diesem Falle doppelt beauerlich sein. Wir halten dieselben um so mehr für unbegründet, da die neue Amtsführung Wissmanns in Ostafrika mit erfreulichen Erfolgen begonnen hat.

Das Allgemeinbefinden des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin wird zwar, wie den „Mecklenb. Nachr.“ aus Garmes vom 29. d. M. gemeldet wird, durch die lokale Behandlung der Athmungsorgane etwas beeinträchtigt, doch waren in den letzten Tagen die athmatischen Beschwerden an Zahl und Stärke geringer als bisher.

Dem Vorstände der hiesigen jüdischen Gemeinde ist, wie dem „Bör.-Courier“ geschrieben wird, vom Kultusminister mitgeteilt worden, daß der bereits mehrere Male beprobenene Erlaß des Provinzial-Schulkollegiums, die Anstellung jüdischer Lehrerinnen betreffend, nicht als eine Ausschließung der Lehrerinnen von dem Gemeindefunktion zu verstehen sei, wie mißverständlich angenommen wurde. Das Provinzial-Schulkollegium habe nichts weiter angeordnet, als daß künftig bei der Vertretung von Lehrerinnen die Vertreterin derselben Konfession anzugehören habe, wie die zu Vertreterinnen.

Das Lehrerbeförderungsgesetz, das den Landtag in der bevorstehenden Session beschäftigen soll, wird nach den bisherigen Mittheilungen die gehegten Erwartungen nicht erfüllen. Einmal sollen die Gehaltsätze so niedrig bemessen, und namentlich die Alterszulagen so ungünstig geregelt werden, daß ein großer Theil von sehr mäßig besoldeten Lehrern statt der erwarteten Erhöhungen Herabsetzungen zu fürchten hat. Andererseits ist eine solche Aufbringung der Mittel vorgesehen, daß die Lasten ganz einseitig den größeren und mittleren Ständen aufgebürdet werden, die sich bisher am opferwilligsten gezeigt haben. In unserer Schulverwaltung herrscht, so weit es das Land betrifft, heute eine Desorganisation, die man nicht für möglich halten sollte. So wird der „Börs.-Ztg.“ z. B. aus der Provinz Posen, wo das samojee Schullehrergesetz nicht gilt, die Regierung also völlig freie Hand hat, mitgeteilt, daß von zwei benachbarten ländlichen Schulgemeinden die eine 100, die andere 15 v. H. der Staatssteuereinkünfte an Schulaufgaben zahlt. Von drei anderen nebeneinander gelegenen Gemeinden zahlt die erste 200, die zweite 30, die dritte 20 v. H. Dagegen könnte niemand etwas haben, wenn in den niedrig besoldeten Gemeinden diese Beträge zur Unterhaltung der Schule ausreichten. Das ist aber nicht der Fall. Seine geringen Leistungen sind nur möglich, weil hier wie in den armen Gemeinden staatliche Beiträge gezahlt werden. In der Unterrichtsverwaltung sind diese Ungehörlichkeiten bekannt. Dr. Hoffe hat auch versucht, sie zu beseitigen, z. B. durch die Bestimmung, daß nicht gelegentlich festgelegte staatliche Beiträge erst gezahlt werden sollten, wenn die Gemeinden bis zu 75 v. H. der Staatssteuern selbst leisten.

Diese schüchternen Versuche haben von maßgebender Seite aber eine solche Abfertigung erfahren, daß der Minister sie wohl entgütlich aufgegeben hat und sich noch wegen solcher Angriffe auf gut gefüllte Taschen im Landtage höchst entschuldigend mußte. So fehlt es thätigst an jedem Maßstab für die staatlichen Zuwendungen, und es besteht der ungesunde Zustand weiter, daß die Gemeinden, welche am wenigsten für die Schule thun, die höchsten Staatszuschüsse erhalten. Durch diesen durch das Gesetz vom 26. Mai 1887 verschärften Zustand ist die Witter im preussischen Landeshulwesen allein entstanden. Nur dadurch ist es gekommen, daß die 28 Millionen, die das Schullandgesetz der Staatskasse auferlegt, zwar im Kautusset stehen, aber nicht in die Schule, sondern in die Gemeindefassen geflossen sind. Das neue Lehrerbeförderungsgesetz verschärft die bisherigen Uebelstände noch erheblich. Dem zu bezogen, ist nur möglich, wenn für die Gemeinden eine Mindestleistung festgesetzt wird, bis zu welcher sie unter allen Umständen für ihre Schulkosten selbst aufzukommen haben, oder wenn nicht Geistes vortrefflichen Vorständen die Schullasten auf die Kreise übergehen und für diese eine gleiche Bestimmung Platz greift. Ohne die Heranziehung der leistungsfähigen Landgemeinden ist eine wirkliche Besserung des Schulwesens im ganzen Staate unmöglich. Die jetzt beabsichtigte einseitige Heranziehung der Städte muß besonders deswegen auf entschiedenste Verurteilung werden, weil sie nicht bloß zu Gunsten armer Landgemeinden geschieht, sondern zu Gunsten des Landes schlechweg und besonders der reichen Ostelbener. Wäre die Schullaft in Preußen, was sie sein soll, wirklich eine „gemeine“ Last, so brauchte der Großstaat sich von den mittleren und kleineren Staaten in dieser Beziehung durchaus nicht bescheiden zu lassen.

Zum Fall Hammerstein wird geschrieben, daß Freiherr v. Hammerstein voraussichtlich nicht von der Strafkammer, sondern vom Schwurgericht abgeurteilt werden wird. Unter den Urkunden, deren Fälschung ihm zur Last gelegt wird, befindet sich auch eine Bescheinigung, welche die Unterschrift eines Mitgliedes des „Kreuzzeitungs“-Komitees trägt. Herr von Hammerstein soll nicht nur diese Unterschrift, sondern auch die Beglaubigung des Amtsvorstehers gefälscht und mit einem ebenfalls gefälschten Siegel versehen haben. Dadurch erhält dieses Schriftstück den Charakter einer „öffentlichen“ Urkunde, deren Fälschung eine Straftat bildet, die vom Schwurgericht abgeurteilt werden muß.

Die unruhige Bewegung innerhalb der konservativen Partei dauert fort; sie ist erstlich durch die Verhaftung des Freiherrn v. Hammerstein und die Möglichkeiten, welche sich an dieses Ereignis knüpfen, noch verstärkt worden. Das „Börs.“ wird von der „Konf. Korresp.“ „heimtückischer Verdrähtungsversuche“ gegen die konservative Partei beschuldigt; das Fraktionsorgan erklärt: „Heute zu Tage mißt kein Konservativer mehr dem „Börs.“ die Berechtigung bei, in Parteiangelegenheiten mitzuspüren; man weiß eben, daß das „Börs.“ nicht konservativ, sondern demokratisch-christlich-soziale Ziele verfolgt.“ Der „Reichsbote“ schreibt, nachdem er von Neuem hervorgehoben, daß keine Partei dagegen gesichert ist, in ihren Reihen unläutere Personen zu finden: „Sollte sich aber herausstellen, was liberale Blätter behaupten, daß Mitgliedern der konservativen Partei die Verbredren von Hammerstein schon längere Zeit bekannt waren, ohne daß sie ein Einschreiten gegen ihn herbeiführten, so würde die Partei mit diesen Herren in ein strenges Gericht gehen müssen, um zu untersuchen, in wie weit ihnen dabei eine Schuld beizumessen ist. Stellt sich durch den Prozeß heraus, daß irgend jemand eine Schuld trifft, so muß dieselbe gerügt und gesühnt werden. Wie groß die Erregung über die Sache in konservativen Kreisen darüber ist, geht daraus hervor, daß in einer uns heute zugegangenen Zeitschrift die Einberufung eines konservativen Parteitag zur Untersuchung der Schuldfrage verlangt wird. Wir sind aber der Meinung, daß ein Parteitag gar nicht im Stande ist, eine solche Untersuchung zu führen und diese Frage zu entscheiden. Das muß nun der Gerichtsverhandlung überlassen bleiben. Wir können deshalb nicht mit dem gemachten Vorschlag übereinstimmen; wohl aber sind wir darin mit dem Einsender einverstanden und haben das früher wiederholt ausgesprochen, daß die Sache sehr ernst genommen werden und der Welt der Beweis geliefert werden muß, daß der Schild der konservativen Partei rein und blank ist. Und wenn sie auch noch so schuldlos ist an dem, was von Hammerstein verbrochen hat, so muß sie es doch als einen tiefen Schmerz und eine Wunde empfinden, daß so etwas in ihrer Mitte vorkommen konnte, und sie antreiben, zu untersuchen, ob auch der rechte sittliche Ernst in ihrer Mitte waldet und sich von Neuem zu ermannen, um auf die Höhe zu steigen, auf der eine konservative Partei wandeln muß.“ Es ist für die konservative Partei eine Existenzfrage, daß sie aus dieser traurigen Affaire, in welche sie ein falsches Mitglied geführt hat, rein und schuldlos hervorgehe; es darf keine dunkle Falte bleiben.

Wie alsbald das „Börs.“ so verräth jetzt auch die „Deutsche Tageszeitung“ tiefen Groll gegen die griechische Regierung, weil sie Hammerstein auf das italienische Postschiff ausgewiesen; das treffliche Blatt nennt dies — eine „offenbare Verletzung des Völkerrechts“. Nicht übel! Mit dem Völkerrecht hat der Vorgang selbstverständlich gar nichts zu schaffen. Wenn ein Auslieferungsvertrag besteht, so ist die Regierung, die ihn abgeschlossen hat, verpflichtet, in den darin vorgesehenen Fällen auszuliefern; besteht kein Vertrag, so ist sie trotzdem berechtigt, gegen ausländische Verbrecher alle Maßnahmen zu ergreifen oder zuzulassen, die ihr angemessen scheinen und die nicht gegen ihre Landesgesetze verstoßen. Die Sitte jüdischer Länder verbietet, von welcher Befugnis einen Gebrauch zu machen, durch welcher politische Flüchtlinge in die Gewalt derjenigen Regierung gebracht würden, der sie sich entziehen wollten; eine ganz neue Entdeckung aber ist, daß dies auch für Betrüger und Urkundenfälscher zu gelten habe. Daß solche Leute der Strafe nicht entgehen, ist ein gemeinsames Interesse aller Kulturländer.

Wie aus Athen gemeldet wird, führt die griechische Oppositionspresse fort in heftigster Sprache die Ausweisung Hammersteins aus Griechenland zu tadeln. Gegenüber diesen Schreibern, die aus allem politischen Kapital herausgeschlagen wollen, sei festgestellt, daß Hammerstein keineswegs mit Gewalt aus dem Dampfer nach Brindisi gebracht, sondern selbst diese Route auswählte, weil jede andere ebenso unsicher war. Auf dem Schiff ist er ganz frei geblieben und nur der Polizei von Korfu befohlen worden, falls Hammerstein während des dortigen dreitägigen Aufenthalts des Dampfers landen wollte, ihm dies zu verbieten. Die öffentliche Meinung scheint meist mit der Entscheidung des Ministers Stokes übereinstimmen.

Das vom kaiserlichen statistischen Amte herausgegebene Novemberheft der monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel schließt mit Einrechnung des Edelmetallverkehrs in der Einfuhr für den Monat November 1895 mit 30 797 175 (100) kg. gegen 29 545 901 (100) kg. des gleichen Vorjahresmonats ab, also um 1 251 274 (100) kg. mehr. Die Ausfuhr für den Monat November 1895 ergiebt 22 171 360 (100) kg. gegen 22 074 935 (100) kg. des Novembers im Vorjahre, also um 96 425 (100) kg. mehr. Für die Zeit von Januar bis November einschließend ist die Einfuhr angegeben für 1895 mit 297 448 468 (100) kg. und für 1894 mit 296 166 494 (100) kg., also um 1 281 974 (100) kg. mehr. Die Ausfuhr ist für den bemerkten Zeitraum angegeben für 1895 mit 215 695 715 (100) kg. und für 1894 mit 208 463 585 (100) kg., also um 7 232 130 (100) kg. mehr. An der Mehr-Einfuhr nehmen hauptsächlich Getreide sowie Steintohlen und Braunkohlen, ferner Eisen und Holztheil. Bei der Ausfuhr weisen namentlich die Textilwaren, die Eisen- und Maschinenbranche und die Steintohlen eine bemerkenswerte Steigerung auf, aber auch bei Papier, Glas- und Thonwaren, Leberwaren, Kunstschuhen u. s. w. zeigt sich eine Verstärkung der Ausfuhrmengen. Auch die Ausfuhr von Zucker ist etwas gestiegen. Nach Abzug des Edelmetallverkehrs ergiebt sich für die abgelaufenen elf Monate der beiden Jahre 1895 und 1894 folgender Ueberschlag:

Einfuhr 1895 297 448 302 (100) kg.
1894 296 166 494 (100) „
Ausfuhr 1895 215 695 715 (100) „
1894 208 463 585 (100) „
Die Einfuhr hat sich also um 1 281 974 (100) kg. = 0,5 Prozent, die Ausfuhr um 7 232 130 (100) kg. = 3,5 Prozent vermehrt.

Köln, 31. Dezember. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Erzerum, daß gestern der dortige armenische Bischof auf Befehl der Regierung verhaftet wurde und nach Konstantinopel befördert wird. Als Wohnsitz wird ihm Jerusalem angewiesen werden. Es waren Maßregeln zur Verhütung von Unruhen ergriffen, doch ist die

Stadt, nachdem das erste Aufsehen vorüber war, ruhig geblieben. Der Bischof galt den Behörden als Führer der regierungsfeindlichen Bewegung.

Münster, 31. Dezember. Durch kürzlich ergangenes Urtheil hatte das Oberlandesgericht in Kassel die Ansprüche der hiesigen katholischen Gemeinde, welche dieselbe auf den Wiedererwerb der verlassenen, jetzt für den evangelischen Dienst benutzten Gebäulichkeiten für ihren Status erhob, als unbegründet zurückgewiesen. Die katholische Gemeinde hat sich jedoch mit diesem Urtheil nicht zufrieden erklärt und Berufung beim Reichsgericht angemeldet, wo nun für den 9. April Termin ansteht.

München, 31. Dezember. Prinz Arnulf von Bayern, der kommandirende General des ersten bayerischen Armeekorps, ist heute nach Berlin abgereist.

Karlsruhe, 31. Dezember. Die „Karlsruh. Ztg.“ meldet: Die Karlsruher Studentenschaft bringt am 24. Januar dem Großherzog von Baden zur Erinnerung an die unter seiner Theilnahme erfolgte Gründung des deutschen Reiches eine Huldwigung in Gestalt eines Fackelzuges dar. Zu dem sich hieran anschließenden Kommerz hat der Großherzog seine Theilnahme zugesagt.

Oesterreich-Ungarn. Wien, 31. Dezember. Der Kaiser machte dem scheidenden bayerischen Gesandten Grafen von Bray-Steinburg, welcher bereits das Großkreuz des Stephansordens und des Leopoldordens besitzt, ein kostbares Geschenk, bestehend aus einer prachtvollen goldenen Tabatiere mit dem Porträt des Kaisers in Emaille, umrahmt von einem Kranz von Brillanten.

Wien, 31. Dezember. Der bayerische Gesandte, Graf von Bray-Steinburg, ist heute Abend nach München abgereist. Auf dem Bahnzuge hatten sich der Minister des Aeußeren Graf Soluchowski, der Oberhofmarschall Graf zu Eulenburg, sowie die Mitglieder der deutschen Botschaft eingefunden.

Wien, 31. Dezember. Blättermeldungen zufolge wird der Minister des Innern Berzel demnächst im Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf über die Verhinderung der Verbreitung ansteckender Krankheiten einbringen.

Schweiz. Bern, 31. Dezember. Die „Neue Zürcher Zeitung“ brachte Entschuldigungen über die dem Zürcher Polizeihauptmann Fischer zur Last gelegten Amtsvergehen. Im März 1894 hielt Fischer eine Frau 88 Tage in Haft, ohne der Untersuchungsbehörde eine Anzeige zu erstatten. Erst im Jahre 1895 wurde er hierfür mit fünf Tagen Offizierarrest bestraft. Im Jahre 1895 kam eine weitere ungelegte Verhaftung vor. Ferner hielt er diesen Winter einen gewissen Bronner während siebzehn Tagen in Haft, ohne ihn in die Verhaftliste einzutragen. Im Falle des internationalen Schwindlers Durich hatten der Staatsanwalt und die Justizdirektion vom Polizeihauptmann vergebens die Akten herausverlangt. Obgleich der Staatsanwalt im Inneren der Untersuchung beauftragt hatte, Fischer gegen Kaution nicht freizulassen, hat die Zürcher Regierung gleichwohl die Freilassung verfügt und zwar ohne Angabe von Gründen.

Frankreich. Paris, 30. Dezember. Die meisten der in der angeblichen Beischungsfälle der „France“ genannten politischen Persönlichkeiten und die Angehörigen der Verstorbenen haben das erwähnte Blatt eines Protestes gewürdigt, auch der französische Botschafter in Berlin, der die „Agentur Quavas“ beauftragt hat, demselben ein förmliches Dementi zu erteilen. Der ehemalige Premierminister de Freycinet ist einer der Wenigen, die erklären, schweigende Berachtung scheine ihnen allein am Platze zu sein. Dagegen will Clemenceau nicht ruhen, bis Vitrac-Desroziers entlarvt, wie Morton, mit dem er in Beziehungen gestanden hatte, und gleich ihm haben die Abgeordneten Cremieux, Banquier, Vastide, Marty, Maquet, Boissy d'Anglas, Laporte, Thomson, die Senatoren Guichard und de Sal, sowie die ehemaligen Deputirten Germain Caffé, Menard-Dorian und Perillier, endlich auch der Ackerbauminister Viger gerichtliche Klage theils bei der Staatsanwaltschaft der Seine, theils bei derjenigen ihrer Departements eingereicht.

Der Generalrath des Seine-Departements und der Pariser Gemeinderath haben letzte Nacht ihre Budgetdebatten beendet. Auf den Antrag des Gemeinderaths Bonnard ist ein städtischer Kredit von 25 000 Fr. für den Umzug des Wastochens am Fastnachtsdienstag bewilligt worden. Seit dem Kriege wird man im Karneval 1896 den „boeuf gras“ wieder zum ersten Male durch die Straßen von Paris führen sehen. Wie aus den Budgetverhandlungen im Stadthause ergiebt, hat die Armenverwaltung der Stadt Paris für 36 372 Unmündige zu sorgen. Sie giebt dafür ungefähr 8 Millionen aus. Durchschnittlich kommen 5000 Kinder alljährlich hinzu; im Jahre 1894 waren es über 4878, darunter 325 Findelkinder, 449 Waisen und 3709 Kinder verlassenen Alters, die von ihren Angehörigen der Verwaltung überlassen worden waren. Diese heißt die „Enfants abandonnés“ bis zu ihrer Volljährigkeit und giebt sie nur in Ausnahmefällen vorher heraus. Findelhäuser im früheren Sinne des Wortes giebt es nicht mehr, aber die Verwaltung nimmt die kleinen Kinder den Mittern oder Eltern ab, jedoch nicht ohne ihnen einen scharfen Verweis zu erteilen.

Spanien und Portugal. Madrid, 31. Dezember. Nach einer amtlichen Depesche aus Kuba legten die spanischen Truppen unter Balbes und Navarro die Verfolgung der Insurgenten fort, deren Rückzug aus der Provinz Matanzas sich bestätigt. Mehrere Befehle vertiefen günstig für die Spanier. Der Verlust der Insurgenten in den letzten Tagen wird auf 1600 Mann geschätzt.

England. London, 31. Dezember. Das „British Trade Journal“ legt die Folgen eines etwaigen Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien nicht vom sentimentalischen, sondern vom Standpunkt des Interesses dar: „Nächst Ostindien bilden die Vereinigten

Städte in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: A. Woffe, Haalenstein & Wogler, G. S. Daube, Anstaltsdirektor. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerkmann. Eberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothbaum, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geimr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Städte in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: A. Woffe, Haalenstein & Wogler, G. S. Daube, Anstaltsdirektor. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerkmann. Eberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothbaum, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geimr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Städte in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: A. Woffe, Haalenstein & Wogler, G. S. Daube, Anstaltsdirektor. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerkmann. Eberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothbaum, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geimr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

